

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 24.06.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 48/2016](#)

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine **Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung** (Sicherstellung einer kostendeckenden Finanzierung der Unterbringung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden; Abschluss einer Zusatzvereinbarung zur GVV-Art 15a)

[BGBl II 155/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Justiz, mit der die Verordnung über die **Vergütungen und Gebühren für die Rechtsanwaltsprüfung, die Notariatsprüfung und die Prüfung der Gleichwertigkeit nach dem ABAG** geändert wird

[BGBl III 106/2016 \(Anlage I\) \(Anlage II\)](#)

Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres der **Republik Österreich** und dem **Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Hellenischen Republik** über die **gegenseitige Vertretung im Verfahren der Visumerteilung**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 164 v 22.06.2016, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2016/996 der Kommission vom 16. Juni 2016 zur **Einreihung bestimmter Waren** in die **Kombinierte Nomenklatur**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

10.06.2016, [E 2597/2015](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status des **subsidiär Schutzberechtigten** mangels Begründung der Entscheidung

18.06.2016, [W I 7/2016](#)

BundespräsidentenwahlG; Zurückweisung der Anfechtung der **Bundespräsidenten-Stichwahl** durch den Wahlwerber Norbert Hofer mangels **Legitimation des Anfechtungswerbers**; keine Möglichkeit der Wahlanfechtung im eigenen Namen, als Wahlwerber; Möglichkeit der Wahlanfechtung besteht nur für einen zustellungsbevollmächtigten Vertreter eines dem Gesetz entsprechenden Wahlvorschlages

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

VwGH 24.05.2016, [2013/05/0200](#)

NÖ BauO; Verletzung von Nachbarrechten durch Beeinträchtigung des Lichteinfalls iSd § 6 Abs 2 Z 3 NÖ BauO; bei der Prüfung der **Einhaltung des Lichteinfalls unter 45 Grad iSd § 54 NÖ BauO** würde ein alleiniges Abstellen auf bewilligte Hauptfenster von Gebäuden auf Nachbargrundstücken zu unsachlichen Ergebnissen führen; indem die belangte Behörde bei der ggst Prüfung jedoch nur auf bewilligte Hauptfenster des bestehenden Nachbargebäudes abgestellt hat, belastete sie ihren Bescheid mit Rechtswidrigkeit

VwGH 24.05.2016, [2013/05/0212](#)

Oö BauO; Antrag auf Erteilung einer Baubewilligung für den **Umbau eines Schweinestalls**; werden in einem Stallgebäude, dessen baurechtlicher Konsens nicht untergegangen ist, seit längerer Zeit keine Nutztiere mehr gehalten, ist für die **Beurteilung des Ist-Maßes der Immissionen** zu ermitteln, ob bzw in welchem Umfang eine Tierhaltung in diesem Gebäude nach den dafür maßgebenden Rechtsvorschriften zulässig ist und welche Immissionsbelastung aus einer solchen zulässigen Tierhaltung resultiert

VwGH 24.05.2016, [2013/07/0107](#)

WasserrechtsG; wasserrechtliche Bewilligung zur **Errichtung einer Hochdruckwasserleitung**; die Einwendungen des Bf hinsichtlich des mangelnden Trinkwasserbedarfs sowie der mangelnden Trinkwasserqualität betreffen keine wasserrechtlich geschützten **subjektiv-öffentlichen Rechte einer Partei iSd § 102 Abs 1 lit b WasserrechtsG**; ebenso kann der Bf der von ihm angefochtenen wasserrechtlichen Bewilligung nicht die fehlende Wirtschaftlichkeit des Projekts entgegen halten

VwGH 24.05.2016, [Ra 2014/05/0057](#)

BauO für Wien; das Tatbestandselement „**vor die Gebäudefront ragend**“ in § 80 Abs 2 BauO für Wien kann nur so verstanden werden, dass die „Gebäudefront“ jene ist, die die Gebäudeteile umschließt, deren Flächen in die **Flächenberechnung nach § 80 Abs 1 BauO für Wien** einzubeziehen sind; Gebäudeteile sind daher dann, wenn sie nicht vor eine solche „Gebäudefront“ ragen, sondern vor Gebäudeteile gem § 84 Abs 1 und Abs 2 BauO für Wien, die ihrerseits bereits nicht zur bebauten Fläche zählen, auf die bebaute Fläche voll anzurechnen

VwGH 24.05.2016, [Ra 2016/07/0001](#)

WasserrechtsG; **AVG**; Wiederaufnahme eines **Kollaudierungsverfahrens**; **Voraussetzung für die ggst Wiederaufnahme** ist, dass neue Tatsachen oder Beweismittel hervorgekommen sind, welche die Behörde ohne ihr Verschulden im Verfahren nicht berücksichtigen konnte; die Behörde trifft ein Verschulden, da sie trotz Abweichens der ausgeführten Anlage vom vorgelegten Kollaudierungsplan den Kollaudierungsbescheid erließ und in diesem nicht auf die im Kollaudierungsplan enthaltenen Abweichungen einging; das Abweichen der Ausführung der ggst Anlage hätte der Behörde im Rahmen des Kollaudierungs-

verfahren auffallen müssen; aus diesem Grund hätte die Wiederaufnahme des Verfahrens nicht von Amts wegen verfügt werden können

VwGH 24.05.2016, [Ro 2014/05/0024](#)

Oö Elektrizitätswirtschafts- und OrganisationsG; verfahrensgg sind zwei dasselbe Gebiet betreffende Anträge von Elektrizitätsversorgungsunternehmen auf Feststellung des Umfangs ihrer **Tätigkeit als Verteilernetzbetreiber** gem **§ 65 Abs 5 Oö Elektrizitätswirtschafts- und OrganisationsG** (EIWOG); das Vorhandensein von Stromzählern im Umspannwerk der Verbundgesellschaft ist keine technische Infrastruktur, die das Bestehen einer Konzession rechtfertigt; zur Beurteilung des Umfangs der bisherigen Tätigkeit der Rw wäre zudem eine Feststellung zu treffen gewesen, die sich nicht (bloß) auf die Tätigkeit der Rechtsvorgängerin der Revisionswerberin im Zeitpunkt 1. August 1982 bezieht, sondern auch auf den Umfang deren bisheriger Tätigkeit bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des EIWOG 2006 – somit auch unter Berücksichtigung der weiteren, vormals geltenden Übergangsbestimmungen des § 56 Abs 2 EIWOG 1999 und des § 78 Abs 7 EIWOG 2001

VwGH 24.05.2016, [Ro 2016/07/0003](#)

WasserrechtsG; bescheidmäßiger Auftrag zur Beseitigung der bei einer Bachböschung hergestellten konsenslosen Anschüttung von Schottermaterial und pflanzlichen Abfällen und zur Herstellung des ursprünglichen Geländeböschungsverlaufs; Maßnahmen („Werke und Pflanzungen“), die den ordentlichen Lauf eines Flusses verändern oder die der Schifffahrt, den Mühlen, der Fischerei oder anderen fremden Rechten nachteilig werden könnten, bedürfen nach § 41 WasserrechtsG einer Bewilligung; die **Bewilligungsfreiheit des § 41 Abs 3 WasserrechtsG** trifft auf solche Maßnahmen nicht zu

VwGH 25.05.2016, [2013/06/0127](#)

Stmk BauG; Antrag auf Erteilung einer Baubewilligung für einen Zubau eines Mastschweine- und Krankstalles, für eine Abänderung der Belüftung und Ergänzung der Lüftung und für eine Errichtung eines Güllekellers; der schalltechnische SV stellte die von ihm im Rahmen eines Gutachtens vom 13. Mai 2009 zu einem früheren Baubewilligungsverfahren ermittelten Prognosewerte mit dem ggst relevanten Ist-Maß gleich; zur **Ermittlung der ortsüblichen Belästigungen** kann jedoch das **Ist-Maß** nicht mit dem in einem früheren Bauverfahren ermittelten Prognosemaß gleichgesetzt werden

VwGH 25.05.2016, [Ro 2014/06/0074](#)

Stmk BauG; Einleitung eines Baubewilligungsverfahrens aufgrund eines als „**Bauanzeige** gemäß § 20 Z 1 Steiermärkisches Baugesetz“ bezeichneten Formulars betreffend die Errichtung eines PKW-Abstellplatzes sowie einer Böschungsmauer; angesichts der **Einleitung des Baubewilligungsverfahrens** war es nicht rechtmäßig, die Bauführung gem **§ 33 Abs 4 Stmk BauG** zu untersagen; dies auch deshalb, weil erst in dem Verfahren im Hinblick auf den dort anzuwendenden materiellen Prüfungsumfang zu klären ist, ob tatsächlich nur ein anzeigepflichtiges Vorhaben vorliegt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG NÖ 10.05.2016, [LVwG-AV-196/001-2015](#)

NÖ NaturschutzG; die **Totholzentfernung** an einem Naturdenkmal stellt eine, wie bei jedem anderen Baum auch, übliche Pflegemaßnahme zur Erhaltung des Bestands dar und geht daher nicht über den **normalen Erhaltungsaufwand** iSd § 12 Abs 5 NÖ NaturschutzG hinaus; eine Berücksichtigung der für die Durchführung entstehenden Kosten hat außer Betracht zu bleiben

LVwG Sbg 09.05.2016, [405-3/12/1/12-2016](#)

BebauungsgrundlagenG; Unzulässigkeit der **Errichtung einer Dachterrasse** auf einer bestehenden als „**Nebenanlage**“ iSd § 25 Abs 7a BebauungsgrundlagenG zu qualifizierenden Garage bei Überschreitung einer Baugrenzlinie nach § 55 Abs 3 Raumordnungsg; bei einer derartigen Nutzung eines Flachdachs einer Garage als Dachterrasse kann die Garage nicht mehr unter den Begriff der Nebenanlage subsumiert werden

LVwG Wien 29.04.2016, [VGW-001/010/12516/2015](#)

E-Commerce-G; die belangte Behörde hat nach der besonderen **Strafbarkeitsvoraussetzungen des § 27 E-Commerce-G** Diensteanbieter zuerst eine angemessene Frist zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustands zu setzen und ihn gleichzeitig

auf die Rechtsfolgen (Bestrafung nach § 26 ECG) hinzuweisen; erst wenn der Diensteanbieter innerhalb der ihm gesetzten Frist die Behebung des gesetzlichen Zustandes nicht vornimmt, kann gem § 26 Abs 1 leg cit eine Strafe verhängt werden; die „**Kann-Bestimmung**“ in § 27 Abs 1 leg cit ist sohin als **rechtliches Müssen** zu interpretieren

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[21.06.2016, Rs C-15/15, *New Valmar*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Warenverkehr** – Verbot von Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie mengenmäßige Ausfuhrbeschränkungen – Art 35 AEUV – Unternehmen, das seinen Sitz im niederländischen Sprachgebiet des Königreichs Belgien hat – **Regelung**, die unter **Androhung absoluter Nichtigkeit** vorschreibt, dass **Rechnungen in niederländischer Sprache abzufassen** sind – **Konzessionsvertrag mit grenzüberschreitendem Charakter** – Beschränkung – Rechtfertigung – Unverhältnismäßigkeit

[22.06.2016, Rs C-540/14 P, *DK Recycling und Roheisen / Kommission*](#)

Rechtsmittel – Umwelt – Richtlinie 2003/87/EG – Art 10a – **System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Übergangsvorschriften zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten ab 2013 – Beschluss 2011/278/EU – Von der Bundesrepublik Deutschland unterbreitete nationale Umsetzungsmaßnahmen – **Ablehnung der Aufnahme bestimmter Anlagen** in die **Verzeichnisse der Anlagen**, denen **kostenlos Emissionszertifikate** zugeteilt werden – Härtefallklausel – Durchführungsbefugnisse der Kommission

[22.06.2016, Rs C-557/14, *Kommission / Portugal*](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 91/271/EWG – **Behandlung von kommunalem Abwasser** – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – **Art 260 Abs 2 AEUV** – Finanzielle Sanktionen – Pauschalbetrag und Zwangsgeld

[22.06.2016, Rs C-11/15, *Český rozhlas*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Mehrwertsteuer – Art 2 Nr 1 – **Dienstleistungen gegen Entgelt** – Begriff – **Öffentlicher Rundfunk** – Finanzierung durch eine gesetzlich vorgesehene obligatorische Gebühr

[22.06.2016, Rs C-207/15 P, *Nissan Jidosha / EUIPO*](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – **Bildmarke mit dem Bestandteil ‚CVTC‘** – Anträge auf Verlängerung, die für einen Teil der Waren oder Dienstleistungen, für die die Marke eingetragen ist, gestellt werden – Nachfrist – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 47 – **Grundsatz der Rechtssicherheit**

[22.06.2016, Rs C-255/15, *Mennens*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Luftverkehr** – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 2 Buchst f und Art 10 Abs 2 – Teilweise Erstattung des Preises des Flugscheins im Fall der Herabstufung eines Fluggasts auf einem Flug – Begriffe ‚Flugschein‘ und ‚Preis des Flugscheins‘ – **Berechnung der dem Fluggast geschuldeten Erstattung**

[22.06.2016, Rs C-267/15, *Gemeente Woerden*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – **Vorsteuer** – Abzug

[22.06.2016, Rs C-280/15, *Nikolajeva*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 Abs 3 und Art 102 Abs 1 – **Pflicht eines Unionsmarkengerichts**, eine **Anordnung** zu treffen, mit der einem **Dritten die Fortsetzung von Verletzungshandlungen verboten wird** – Fehlen eines Antrags auf eine solche Anordnung – Begriff ‚besondere Gründe‘, die einer solchen

Anordnung entgegenstehen – Begriff ‚angemessene Entschädigung‘ für Handlungen, die nach der Veröffentlichung einer Unionsmarkenanmeldung und vor der Veröffentlichung der Eintragung einer solchen Marke vorgenommen werden

[22.06.2016, Rs C-419/15, Thomas Philipps](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Art 32 und 33 – **Lizenz** – **Gemeinschaftsgeschmacksmusterregister** – Recht des Lizenznehmers auf Erhebung einer Verletzungsklage trotz fehlender Eintragung der Lizenz in das Register – Recht des Lizenznehmers auf Erhebung einer Verletzungsklage, um den Ersatz seines eigenen Schadens geltend zu machen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[22.06.2016, Rs C-177/15 Nelsons \(GA Bobek\)](#)

Öffentliche Gesundheit – **Gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel** – Begriff ‚Getränke mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1,2 Volumenprozent‘ – Frage, ob eine Flüssigkeit in Spray- oder Tropfenform, die mehr als 27 Volumenprozent Alkohol enthält, darunter fällt – **Erfordernis der Erbringung wissenschaftlicher Nachweise** – Übergangsregelung für bestehende Handelsmarken

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

21.06.2016, Beschwerde Nr. [5809/08](#), *Al-Dulimi und Montana Management Inc. / Schweiz*

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Einfrieren von Konten des Bf in der Schweiz aufgrund einer Resolution des UN-Sicherheitsrates, die die Staaten zu gewissen Sanktionen gegen Beteiligte des Regimes von Saddam Hussein im Irak verpflichtet; auch **bei Umsetzung von völkerrechtlichen Verpflichtungen sind Konventionsbestimmungen zu beachten**; im vorliegenden Fall fehlender Rechtsschutz, um gegen Sanktionen wie Einfrieren der Konten vorgehen zu können

23.06.2016, Beschwerde Nr. [20261/12](#), *Baka / Ungarn*

Verletzung von **Art 6 Abs 1** (Recht auf Zugang zu Gericht) **und Art 10 EMRK** (Meinungsausdrucksfreiheit); vorzeitige **Absetzung** des Bf **Präsidenten des Obersten Gerichtshofs**, der durch das neu verabschiedete Grundgesetz 2012 durch die Kuria ersetzt wurde, nachdem er **Kritik** an diesen Veränderungen geübt hatte; Verletzung des Rechts auf Zugang zu Gericht sowie auf freie Meinungsäußerung, da Absetzung des Bf **keiner unabhängigen richterlichen Überprüfung** unterlag

23.06.2016, Beschwerde Nr. [22567/09](#), *Brambilla ua / Italien*

Keine Verletzung von **Art 10 EMRK** (Meinungsausdrucksfreiheit); konventionskonforme gerichtliche **Verurteilung** der beiden Bf **Journalisten**, die **Funkgespräche** zwischen zwei **Polizeibeamten abgehört** hatten, um schneller an Tatorten anwesend sein und darüber entsprechende Medienberichte für die Lokalzeitung verfassen zu können; hinreichende Interessenabwägung

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Mag. Matthäus Schmied;

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.